Europäische Bewegung Deutschland

Gefördert durch:
Auswärtiges Amt
aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Europäische Handlungsfähigkeit braucht gemeinsame Verantwortung

Rede der Präsidentin Dr. Anna-Maija Mertens auf der Mitgliederversammlung am 22. Juni 2026

EU-in-BRIEF | Ausgabe 02-2026

In ihrer Rede betont Dr. Anna-Maija Mertens die Notwendigkeit einer handlungsfähigen Europäischen Union angesichts wachsender sicherheits-, wirtschafts- und demokratiepolitischer Herausforderungen. Mit Blick auf die Unterstützung der Ukraine, die europäische Erweiterung und die Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit plädiert sie für einen wertebasierten Realismus und mehr gemeinsame europäische Verantwortung. Sie beendet ihre Ansprache mit einem Aufruf an die Mitgliedsorganisationen, den europäischen Weg gemeinsam weiterzugehen.

„Liebe Mitglieder der Europäischen Bewegung Deutschland, liebe Freundinnen und Freunde Europas,

Europa steht an einem Wendepunkt. Krieg, geopolitische Umbrüche und wirtschaftliche Unsicherheit stellen uns vor große Aufgaben. Gleichzeitig wächst der Wunsch nach Orientierung, Zusammenhalt und einem starken Europa. Genau hier liegt der Auftrag der Europäischen Bewegung Deutschland: Menschen, Ideen und Interessen zusammenzubringen und Europa in Deutschland eine starke Stimme zu geben. Für mich ist Europa unsere gemeinsame Zukunft.

Europa steht nicht vor einer Krise seiner Existenz. Europa steht vor einer Bewährungsprobe seiner Handlungsfähigkeit. Europas Erfolg wird daran gemessen, ob es in einer zunehmend unsicheren Welt seine Interessen und Werte wirksam vertreten kann. Europa hat alle Möglichkeiten, aus diesen Krisen gestärkt hervorzugehen.

Mark Carney, der kanadische Premierminister, hat uns den wertebasierten Realismus empfohlen, der tatsächlich passend für Europa scheint: Es ist weder alles schon verloren, noch ist alles im Lot. Aber es bestehen reale Handlungsmöglichkeiten, die man nutzen sollte und auch nutzen muss. Und man muss sich für Werte verpflichten, für die man bereit ist zu kämpfen.

Und genau vor diesem Hintergrund ist dies ein entscheidender Moment. Vor wenigen Tagen haben sich die Staats- und Regierungschefs erneut im Europäischen Rat getroffen. Gesamthaft betrachtet kann man sagen, dass die behandelten Themen wichtig und richtig waren; auch der angedachte Weg ist richtig – gerade im Sinne der Unterstützung der Ukraine, der Erweiterungspolitik und auch der Anpassungen hinsichtlich des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR). Aber planen ist noch nicht tun. Deutlich ist nämlich auch geworden, wie schwer sich Europa damit tut, die internen Reformen konkret anzugehen, die beschlossenen Themen finanziell zu unterlegen und die ersten Schritte der Umsetzung konkret anzugehen. Europäische Handlungsfähigkeit bleibt die Schlüsselfrage für Sicherheit, Wohlstand und Demokratie in Deutschland und Europa. Und hier gibt es noch viel zu tun.

Diese Zögerlichkeit sieht man auch in Deutschland, wo sich viele kleinere EU-Mitgliedstaaten mehr Führung wünschen. Für den kommenden Herbst hat Bundeskanzler Friedrich Merz eine große Europarede angekündigt. Mehrfach wurde sie bereits verschoben. Das ist mehr als eine Frage der Terminplanung. Es lässt ahnen, dass sich der europapolitische Kompass noch in der Justierung befindet und dass die Strategie noch in der Erstellung ist. Deutschlands Rolle in einem sich wandelnden Europa neu zu bestimmen, ist eine anspruchsvolle Aufgabe geworden.

Europas Handlungsfähigkeit

Europas Stärke im Hinblick auf seine globalen Partner liegt in der Logik der Reziprozität – der Logik der gegenseitigen Entsprechung oder, wie es in der Spieltheorie heißt, in dem sogenannten *tit for tat*. Dieses „Wie Du mir, so ich Dir“-Modell passt zur heutigen Welt und zu dem Ansatz des wertebasierten Realismus, da es freundschaftlich, kooperativ, aber nicht naiv ist. Die Gemeinsame Außenpolitik der EU muss darauf aufbauen.

Denn die entscheidende Frage lautet nicht, ob wir mehr Europa brauchen. Die entscheidende Frage lautet: Wie machen wir Europa handlungsfähiger? Außenminister Johann Wadephul hat in den vergangenen Monaten zu Recht auf die Notwendigkeit europäischer Handlungsfähigkeit hingewiesen. Die Debatten über Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit, Erweiterung und Reformen sind richtig und notwendig.

Für diese Handlungsfähigkeit brauchen wir starke Institutionen, funktionierende Prozesse und stabile Strukturen. Aber das ist noch nicht alles. Europa wird nicht allein durch Institutionen zusammengehalten. Europa wird durch Menschen zusammengehalten, die an die europäische Idee glauben und sie im Alltag leben. Europäische Handlungsfähigkeit entsteht durch Menschen, die Europa am Laufen halten, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Leben erfüllen und die Europas Zukunft gestalten – mutig, zuversichtlich und motiviert.

Deshalb brauchen wir beides. Wir brauchen Reformen, die nicht nur interventionistisch, sondern strukturell sind. Gleichzeitig brauchen wir Politik und politische Kommunikation, die die Sorgen der Menschen besser antizipieren und diese in Politik und politische Kommunikation einbauen, anstatt die Schuld nach Brüssel zu verschieben.

Daher ist es wichtig, dass wir als EBD darauf pochen, dass Reformen umgesetzt und Menschen mitgenommen werden. Und nicht nur die Sorgen der Menschen sollten wir antizipieren, sondern auch und insbesondere die Politik unserer globalen Freunde und Feinde. Insbesondere der Feinde. Viel zu oft sind wir überrascht, ratlos und daher auch untätig, wenn ein amerikanischer Präsident tut, was er längst angekündigt hat, wenn unsere eigenen rechten Ränder umsetzen, was sie schriftlich als Ziel angegeben haben, oder

wenn ein Putin nach der Logik Putins weitermacht, anstatt die Logik des Westens zu übernehmen.

Die Lehren aus den europäischen Niederlagen – aus dem Brexit, aus dem Erstarken der rechten Ränder usw. – lauten nicht, dass Menschen Europa ablehnen können. Die eigentliche Lehre lautet, dass politische Mythen gefährlich werden, wenn ihnen niemand widerspricht.

Europa größer denken

Gerade deshalb müssen wir Europa größer denken. Global, strategisch, normativ. Die Debatte beispielsweise über die Erweiterung wird in Deutschland häufig als Debatte über Kosten geführt. Über Kohäsion, über Agrarförderung, über Machtverschiebungen, über den Mehrjährigen Finanzrahmen.

Und diese Fragen sind wichtig. Gerade hier beim Deutschen Bauernverband weiß ich, welche Bedeutung die Gemeinsame Agrarpolitik für viele Menschen und Regionen in Europa hat. Und selbstverständlich müssen wir ehrlich über die Finanzierung einer erweiterten Europäischen Union sprechen. Aber wir sollten Erweiterung nicht zuerst als einen Verteilungskampf betrachten. Die größere Frage lautet: Wollen wir den Raum von Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozialer Marktwirtschaft in Europa ausweiten oder nicht?

Die Kopenhagener Kriterien gehören zu den erfolgreichsten politischen Instrumenten Europas. Kein anderes internationales Regelwerk hat in den vergangenen Jahrzehnten so viele Staaten dazu bewegt, Demokratie zu stärken, Rechtsstaatlichkeit auszubauen, Korruption zu bekämpfen und eine nachhaltige soziale Marktwirtschaft zu entwickeln. Deshalb ist Erweiterung nicht nur eine technische Frage. Sie ist eine Demokratiefrage. Sie ist eine Sicherheitsfrage. Und sie ist insbesondere eine Zukunftsfrage. Die Ukraine, Moldau und die Staaten Südosteuropas warten nicht auf unsere innenpolitischen Debatten.

Europa wächst bereits heute zusammen. Durch Bildung. Durch Mobilität. Durch wirtschaftliche Verflechtung. Durch Sicherheitskooperation. Durch gemeinsame demokratische Standards. Die Frage ist nicht mehr, ob Europa größer wird. Die Frage ist, ob wir diesen Prozess gestalten oder ihm hinterherlaufen. Europa ist kein Wartesaal mit einer einzigen Tür. Europa ist ein Prozess wachsender Teilhabe.

Deshalb sollten wir offener über schrittweise Integration, über Beteiligung am Binnenmarkt, über europäische Programme und über neue Formen assoziierter Mitgliedschaft sprechen. Europa war immer dann erfolgreich, wenn es Brücken gebaut hat. Nie, wenn es neue Mauern errichtet hat.

Europa grenzenloser machen

Daher müssen wir in Europa strategischer mit unseren Grenzen umgehen. Und Europa grenzenloser denken. Europa wurde stark, weil Grenzen überwunden wurden. Für Menschen, für Ideen, für Forschung, für Handel und für Zusammenarbeit. In den zentralen Feldern brauchen wir mehr Integration, nicht weniger. Strategischere Zusammenarbeit, mehr Synergien, passendere Koordination, bessere Aufgabenverteilung. Wer heute über Wettbewerbsfähigkeit spricht, muss über den Binnenmarkt sprechen. Wer über Sicherheit spricht, muss auch über europäische Verteidigung sprechen. Wer über Wohlstand spricht, muss auch über die Freiheit sprechen, in Europa frei zu leben, zu lernen und zu arbeiten.

Deshalb sollten wir auch ehrlich über die Debatte um Grenzkontrollen sprechen. Gerade in Deutschland. Wer den Binnenmarkt

verteidigen will, muss auch die Freizügigkeit verteidigen. Hunderttausende Menschen überschreiten jeden Tag europäische Grenzen, um zu arbeiten, zu studieren oder Unternehmen aufzubauen. Europa lebt von dieser Freiheit.

Unsere Antwort auf Unsicherheit darf nicht darin bestehen, neue Hindernisse zu schaffen. Unsere Antwort muss darin bestehen, die Hindernisse abzubauen, die Europa noch immer schwächen.

Bessere Rechtsetzung statt Sündenbock Europa

Und ja: Wer Europa handlungsfähiger machen will, muss auch über Bürokratie sprechen. Viele Unternehmen, Kommunen, Vereine und Bürgerinnen und Bürger erleben ganz konkret, dass Verfahren zu kompliziert, Zuständigkeiten zu unübersichtlich und Regelungen zu schwer verständlich sind. Deshalb ist die Debatte über bessere Rechtsetzung und den Abbau unnötiger Bürokratie richtig. Deshalb sind auch viele Anliegen hinter der Omnibus-Debatte nachvollziehbar. Europa muss wirksam sein. Europa muss auch verständlich sein. Dazu gehört auch, sich immer wieder zu fragen, ob die derzeitigen Instrumente tatsächlich den gewünschten Zweck erfüllen.

Aber wir sollten dabei vorsichtig sein. Denn richtige Erkenntnisse können auch falsch genutzt werden. Wer Bürokratieabbau fordert, darf daraus keine versteckte Agenda zur Schwächung europäischer Standards machen. Wer Vereinfachung fordert, darf Transparenz nicht abbauen. Wer Wettbewerbsfähigkeit stärken will, darf Rechtsstaatlichkeit, Nachhaltigkeit oder demokratische Kontrolle nicht als Hindernisse behandeln.

Wir dürfen das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Denn sonst entsteht etwas Gefährliches. Europa wird für Probleme verantwortlich gemacht, die häufig ganz andere Ursachen haben. Manche entstehen in den Mitgliedstaaten, manche in föderalen Strukturen. Manche durch mangelnde Umsetzung, manche durch fehlende politische Prioritäten. Die Europäische Union darf nicht zum politischen Sündenbock für Versäumnisse werden, die wir vor Ort beheben müssen. Deshalb braucht Europa nicht weniger Verantwortung. Europa braucht mehr gemeinsame Verantwortung.

Kein neues nationales Biedermeier

Die vergangenen Jahre haben Europa strategisch erwachsener gemacht. Die Frage ist nun, ob wir diese Lektionen dauerhaft gelernt haben. Zu oft hören wir bereits wieder die Stimmen, die nach einer Rückkehr zur vermeintlichen Normalität rufen. Die Stimmen, die glauben, Europa könne sich aus den Konflikten seiner Nachbarschaft heraushalten. Die Stimmen, die wirtschaftliche Bequemlichkeit über strategische Verantwortung stellen. Wir dürfen nicht wieder in ein nationales Biedermeier zurückfallen. In die Vorstellung, man könne sich vor den Stürmen der Welt einrichten, solange die Energie billig ist, die Märkte funktionieren und die Konflikte weit genug entfernt erscheinen.

Die Brandstifter sind heute aktiver denn je. Russland führt seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine fort. Autoritäre Akteure investieren in Desinformation, Einflussnahme und strategische Korruption. Demokratien werden gezielt gegeneinander ausgespielt. Gerade deshalb wäre es fatal, erneut auf die Illusion zu setzen, wirtschaftliche Verflechtung allein werde politische Konflikte lösen. Deutschland darf die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Nord Stream war nicht nur ein energiepolitischer Irrtum. Nord Stream war auch ein europapolitischer Fehler. Die Warnungen vieler Partner in Mittel-, Ost- und Nordeuropa waren richtig. Wir sollten daraus lernen.

Die großen Mitgliedstaaten Europas tragen besondere Verantwortung. Sie dürfen keine europäische Nebenaußenpolitik betreiben. Sie dürfen die Erfahrungen kleinerer Mitgliedstaaten nicht überhören. Und sie dürfen europäische Interessen niemals hinter nationale Bequemlichkeit zurückstellen. Denn Sicherheit in Europa entsteht nur gemeinsam.

Unsere europäische Art des Handelns

Genau deshalb engagiert sich die Europäische Bewegung Deutschland seit vielen Jahren für den Europarat. 75 Jahre deutsche Mitgliedschaft im Europarat waren für uns kein Jubiläum der Vergangenheit. Sie waren ein Auftrag für die Zukunft. Demokratie. Menschenrechte. Rechtsstaatlichkeit. Diese Prinzipien sind keine Selbstverständlichkeiten. Sie müssen jeden Tag verteidigt werden.

Deshalb haben wir uns mit Themen wie strategischer Korruption, der Europäischen Menschenrechtskonvention, Demokratiebildung und den Democracy Ambassadors beschäftigt. Denn Europa verteidigt sich nicht nur mit Geld, Technologie oder Verteidigungspolitik. Europa verteidigt sich auch mit Recht. Mit Transparenz. Mit demokratischer Wachsamkeit. Und mit Bürgerinnen und Bürgern, die Europas Potenziale kennen und nutzen können. Deshalb bleibt europäische Bildung eine zentrale Zukunftsaufgabe. Wer europäische Demokratie stärken will, muss europäische Bildung stärken. Nicht als Randthema. Sondern als strategische Investition in die Zukunft Europas.

Nicht erst, seitdem ich die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen habe, beschäftigt mich dabei ein Gedanke besonders: Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet Deutschland zur Mitwirkung an einem vereinten Europa. Dieses Staatsziel Europa ist kein historischer Nebensatz. Es ist ein politischer Auftrag. Ein Auftrag an Regierungen. Ein Auftrag an Parlamente. Ein Auftrag an gesellschaftliche Kräfte. Und auch ein Auftrag an uns.

Die Rolle der EBD

Genau deshalb braucht es die Europäische Bewegung Deutschland. Die EBD ist kein Ort, an dem alle dieselbe Meinung haben. Und das ist gut so. Wir vereinen Unternehmen und Gewerkschaften. Kommunen und Jugendorganisationen. Stiftungen, Wissenschaft, Wirtschaft, kirchliche Vereine und viele weitere gesellschaftliche Kräfte. Gerade diese Vielfalt macht unsere Stärke aus. Denn Europa lebt nicht von Einstimmigkeit. Europa lebt von der Fähigkeit, Unterschiede in gemeinsames Handeln zu übersetzen. Das erleben wir in unserem Netzwerk jeden Tag.

Dank

Dafür danke ich Ihnen. Ich danke unseren Mitgliedsorganisationen für ihre Expertise, ihre Leidenschaft und ihre Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Ich danke unserem Vorstand für die strategische Begleitung und das ehrenamtliche Engagement. Ich danke dem Generalsekretär und dem gesamten Team des Generalsekretariats für ihren außerordentlichen Einsatz in einem anspruchsvollen Jahr. Ich danke dem Deutschen Bundestag und dem Auswärtigen Amt für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Und ich danke allen Partnerinnen und Partnern in Deutschland und Europa, die unsere Arbeit unterstützen.

Schluss

Liebe Mitglieder,

wir leben in einer Zeit, in der viele politische Kräfte auf Konfrontation setzen. Europa setzt auf etwas Anspruchsvolleres: auf Zusammenarbeit. Das ist nicht naiv. Das ist mutig.

Denn Kompromiss ist keine Schwäche der Demokratie. Kompromiss ist ihre Stärke. Wir wollen nicht nur europäische Werte verteidigen. Wir wollen unsere europäische Art des Handelns schützen.

Europa wird nicht stark, weil alle dasselbe denken. Europa wird stark, wenn Menschen mit unterschiedlichen Interessen bereit bleiben, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Genau dafür steht die Europäische Bewegung Deutschland. Und deshalb blicke ich mit Zuversicht auf das kommende Jahr.

Vielen Dank.“

Über die Autorin

Dr. Anna-Maija Mertens ist seit dem 14. Oktober 2024 Präsidentin der EBD. Seit April 2024 ist sie Vorständin bei DICO - Deutsches Institut für Compliance e.V. Zuvor war sie Geschäftsführerin der EBD-Mitgliedsorganisation der Antikorruptionsorganisation Transparency International Deutschland e.V.. Da mit TID eine gegenseitige Mitgliedschaft besteht, ist die Kooperation besonders eng. Die Finnin ist auch Mitglied im Beirat der Aue-Stiftung in Helsinki.

Kontakt: info@netzwerk-ebd.de

Beim Zitieren dieses Artikels verweisen Sie bitte auf: https://data.netzwerk-ebd.de/wp-content/uploads/2026/07/EU-in-Brief_02_2026_Rede-der-Praesidentin-Dr.-Anna-Maija-Mertens.pdf

Impressum

EU-in-BRIEF | Analysen – Positionen – Vorausschau ist ein kostenloses Informationsangebot im PDF-Format des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland.

ISSN-Nummer: 2191-8252

Zitier-Hinweise: Bisher wurden keine verbindlichen Regeln zur Zitierweise digitaler Publikationen geschaffen. Daher bitten wir, folgende Angaben zu übernehmen, wenn Sie einen unserer Texte zitieren möchten: Autoren des Textes, Titel des Textes, Internetadresse wie angegeben. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

© Europäische Bewegung Deutschland e.V.

Alt-Moabit 92 | D-10559 Berlin

T +49 30 3036201-10 | F -19

info@netzwerk-ebd.de

Herausgeber: Bernd Hüttemann (V.i.S.d.P.)

Mehr Wissen!

Auf der Website der EBD erfahren Sie alles Wesentliche über unsere Organisation und können kostenfrei auf eine Vielzahl von Informationen zu Europa zugreifen: http://www.netzwerk-ebd.de

Die Europäische Bewegung Deutschland e.V., gegründet 1949, ist das größte zivilgesellschaftliche Netzwerk in Deutschland und institutioneller Partner des Auswärtigen Amtes.